

9. Mai - Europatag

Seit 1985 feiern wir den 9. Mai als Europatag. Am 9. Mai 1950 schlug der französische Außenminister Robert Schuman in seiner Pariser Rede die Schaffung der *Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS)* vor und entwarf damit fünf Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg die Vision einer neuen Art der politischen Zusammenarbeit. Es war der Beginn des europäischen Integrationsprozesses.

Schuman war damals schon bewusst, dass es ein langer Weg bis zur Entstehung einer politischen Union sein werde. In seiner programmatischen Rede empfahl er eine pragmatische Vorgehensweise: „Europa lässt sich nicht mit einem Schlage herstellen und auch nicht durch eine einfache Zusammenfassung. Es wird durch konkrete Tatsachen entstehen, die zunächst eine Solidarität der Tat schaffen.“

Diese Solidarität ist in den vergangenen sieben Jahrzehnten immer wieder auf harte Proben gestellt worden. Vor zehn Jahren erschütterte die Eurokrise die Länder der Eurozone; mit dem Brexit kündigte erstmals ein Staat die Mitgliedschaft in der Union; in der Asyl- und Migrationspolitik gibt es nach wie vor ein unwürdiges politisches Geschacher und auch in der aktuellen Corona-Pandemie fehlte es manchmal an transnationaler Koordination der Maßnahmen.

Bei aller berechtigter Kritik besteht allerdings die Gefahr, die großen Errungenschaften des EU-Einigungsprozesses aus dem Blickfeld zu verlieren. Dass nach zwei verheerenden Weltkriegen seit einem Dreivierteljahrhundert Frieden, Freiheit, Demokratie und Sicherheit in der Europäischen Union herrschen, wird oft als historische Selbstverständlichkeit gewertet.

Wie wichtig offene Binnengrenzen sind, ist auch der ostbelgischen Bevölkerung während des ersten Lockdowns im vergangenen Jahr bewusst geworden, als die Grenzen zu unseren Nachbarn für kurze Zeit geschlossen wurden.

Von einer reinen Wirtschaftsgemeinschaft ist die EU inzwischen zu einer Wertegemeinschaft geworden. Und längst weiß man in der EU, dass man den großen politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen, genannt seien der Klima- und Umweltschutz und die großen Veränderungen in der Arbeitswelt, nur gemeinsam begegnen kann.

Zur Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie wird die EU maßgeblich beitragen. Dafür steht beispielhaft der EU-Wiederaufbaufonds im Umfang von 750 Milliarden Euro, mit dem den Regionen und Wirtschaftsbereichen, die besonders hart von der Krise betroffen sind, in Form von Krediten und Zuschüssen geholfen wird.

Denn gerade in der Krise muss sich die bereits von Schuman geforderte „Solidarität der Tat“ zeigen.

Freddy Cremer
ProDG-Fraktionsvorsitzender

